

**Protokoll der Pressekonferenz
im Anschluss an die auswärtige Zentralbankratssitzung
der Deutschen Bundesbank
am 15. Juni 2000 in Trier
- nach Bandaufnahme -**

Herr Koebnick, Präsident der LZB in Rheinland-Pfalz und im Saarland

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst daran erinnern, dass die letzte auswärtige Sitzung des Zentralbankrates hier in Trier im Frühsommer 1977 stattfand. Sie war damals durch den Wechsel der Präsidentschaft der Deutschen Bundesbank geprägt: Herr Klasen beendete seine Tätigkeit und Herr Emminger wurde sein Nachfolger. Aber das ist nun etwas für das Geschichtsbuch. Warum wir Trier erneut zum Sitzungsort ausgewählt haben, hat mit dem Standort der Stadt zu tun. Trier liegt in einem Grenzraum, und wir befinden uns hier als Bundesbank an einer Nahtstelle, die von den besonderen Finanzbeziehungen zwischen Deutschland und Luxemburg sehr stark geprägt ist. Diese Umstände haben uns hier schon seit Jahr und Tag dazu gebracht, auf regionaler Ebene einen engen Gedankenaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen von den Nachbarnotenbanken zu pflegen. Und ich gehe davon aus, dass uns diese Kooperationserfahrung, die wir im Laufe der Zeit gesammelt haben, auch bei der Bargeldumstellung im nächsten Jahr helfen wird.

Als letzte Anmerkung möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns hier in der Europäischen Rechtsakademie befinden - einem wichtigen Ort für die Einigungsbestrebungen in Europa. Denn hier wird im Rahmen von Seminaren und Konferenzen kontinuierlich daran gearbeitet, dass das Rechtsverständnis und auch

das Institutionenverständnis unter den bisherigen Teilnehmerländern wächst. Das war für uns der Anlass, erneut hierher zu kommen.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Ich möchte alle begrüßen, die hier zu unserer auswärtigen Sitzung nach Trier dem westlichsten Zipfel der Bundesrepublik Deutschland, gekommen sind. Wir haben gestern schon einen grundlegenden Beschluss gefasst: Wie werden unabhängig davon wie die Entscheidungen der Politik auch ausfallen mögen, an der Tradition der auswärtigen Sitzungen des Leitungsgremiums der Deutschen Bundesbank auch in Zukunft festhalten. Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass es heute eine spürbare personelle Veränderung gegeben hat. Heute Nacht um 24.00 Uhr ist die Amtszeit von zwei Direktoriumsmitgliedern abgelaufen. Herr Hartmann und Herr Schieber sind aus dem Direktorium ausgeschieden. Herr Schieber begegnete uns heute Morgen im Zentralbankrat als Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg wieder. Neu in das Gremium eingetreten ist Herr Dr. Fabritius, bisher Vizepräsident in der Landeszentralbank in Hessen. Damit einher geht eine deutliche Verkleinerung der Zahl der Direktoriumsmitglieder, nämlich von 8 Mitgliedern bis zum 31.12. letzten Jahres auf jetzt 6 Mitglieder. Damit wird die ernsthafte Absicht, eine Strukturreform auf der Leitungsebene der Deutschen Bundesbank durchzuführen, unterstrichen, auch wenn die Entscheidung darüber in erster Linie der Bundesfinanzminister fällt. Auch auf der Ebene der Organmitglieder der Landeszentralbanken gibt es eine deutliche Reduzierung. Alles was die Bundesbank bisher aus eigener Kraft bewegen konnte, hat sie auch in die Wege geleitet. So ist die Zahl der Mitarbeiter in der Deutschen Bundesbank auf den Stand von vor 1990 wieder zurück gegangen. Und das trotz des weit größeren Währungsgebietes. Die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Euro und für die Jahrtausendumstellung sind ohne zusätzliches Personal bewältigt worden. Die Zahl der Zweiganstalten ist seit 1991 um über 1/3 reduziert worden. Die Vorschläge zur Strukturreform der Deutschen Bundesbank haben wir im Zentralbankrat genau vor einem Jahr verabschiedet. Die notwendigen Entscheidungen müssen nun von der Politik getroffen werden. Wir hoffen, dass diese Entscheidungen nun bald erfolgen, damit die Verunsicherungen und Irritationen möglichst bald ein Ende haben. Ich betone das deshalb so deutlich, weil in manchen Publikationen der letzten Zeit der Eindruck erweckt wurde, dass die Bundesbank selbst nicht bereit ist, Reformen in Angriff zu nehmen und Reformen durchzuführen.

Doch alles, was wir von unserer Seite tun konnten, ist schon seit langem auf dem Weg. In dem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die operativen Tätigkeiten, die die Bundesbank auszuführen hat, auch weiter Bestandteil unserer Aufgaben sind.

In der heutigen Zentralbankratssitzung stand die Diskussion und die Berichterstattung über die EZB-Ratssitzung am vergangenen Donnerstag im Mittelpunkt, in der alle 3 Zinssätze um 50 Basispunkte angehoben wurden. Die Diskussion war eingebettet in die Erörterung der allgemeinen Wirtschaftslage und der Geldpolitik.

Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass sich die internationalen Umfeldbedingungen für die deutsche Wirtschaft im bisherigen Verlauf dieses Jahres günstiger als noch vor einiger Zeit erwartet entwickelt haben. Trotz weiter bestehender struktureller Probleme sind die früheren Krisengebiete in Ostasien überraschend schnell wieder zu einer Wachstumsdynamik zurückgekehrt. Und auch in Lateinamerika und im mittel- und osteuropäischen Raum hat sich die Lage deutlich verbessert.

Auch in den Industriestaaten hat sich das Wirtschaftswachstum im Frühjahr mit hohem Tempo fortgesetzt. Gleichzeitig nimmt das Konjunkturgefälle innerhalb der Gruppe der Industriestaaten ab. Für Japan zeichnet sich eine Erholungstendenz ab. Während sich das Wachstum in den USA, die bislang die Vorreiterrolle inne haben, eher etwas abzuschwächen scheint, gewinnt der Aufschwung im Euro-Raum an Dynamik. Viele Prognosen sehen für 2001 Wachstumsraten in der Europäischen Währungsunion über den Wachstumsraten der USA. Das ist sicherlich positiv zu vermerken.

Auch für die deutsche Wirtschaft haben sich die Konjunkturperspektiven deutlich verbessert. Das war in der Vergangenheit im wesentlichen auf die Auslandsnachfrage zurückzuführen und nicht, wie vielfach vermutet, in erster Linie auf die Schwäche des Euro. Die Erholung in den bisherigen Krisenländern und der Anstieg der Weltkonjunktur waren hier wesentlich. Auch die Belebung der Investitionskonjunktur, die in den vergangenen Monaten immer noch mit einem

Fragezeichen versehen worden ist, ist jetzt mehr als ein Hoffnungswert. Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 8 ½ % gestiegen. Bei weiterhin positiven Absatz- und Ertragserwartungen, steigender Kapazitätsauslastung und günstigen Finanzierungsbedingungen sowie einer absehbar niedrigeren Steuerbelastung werden die Investitionen damit zum zweiten Standbein der Konjunktur.

Die privaten Konsumausgaben hinken demgegenüber noch etwas hinterher. Die Fortschritte sind aber auch bei der nach wie vor inakzeptabel hohen Arbeitslosigkeit spürbar. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist noch immer fast jede fünfte Erwerbsperson als arbeitslos gemeldet. Hier muss man darauf hinweisen, dass die Forderung nach rascher Angleichung der Ost-Gehälter an West-Niveau zwar verständlich ist, aber beschäftigungspolitisch in den neuen Bundesländern eher kontraproduktiv wirken kann. Und das muss man, glaube ich, immer gegeneinander abwägen. Im Übrigen kann man ja auch feststellen, dass die Arbeitsmärkte in der Bundesrepublik und insbesondere in den neuen Ländern längst nicht mehr so rigide sind wie das vielfach in öffentlichen Erklärungen behauptet wird.

Es bleibt auch unter den verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen wichtig, die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung durch weitere strukturelle Reformen dauerhaft zu stärken. Die Finanzpolitik hat mit der Haushaltskonsolidierung und der Steuerreform den richtigen Weg eingeschlagen. Das haben wir auch in dem Bundesbankbericht deutlich gemacht. Im Augenblick ist aber darauf hinzuweisen, dass die Einmaleinnahmen des Bundes nach meiner Auffassung nicht zur Reduzierung von weiteren Steuern oder zur Finanzierung von Steuersenkungen oder Ausgabenprogrammen verwendet werden dürfen. Sie müssen vielmehr zum Abbau der Schulden genutzt werden. Nur so kann man durch weniger Zinszahlungen in der Zukunft eventuell an weitere Steuerentlastungen oder zusätzliche Ausgabenprogramme denken.

Auch in der Sozialpolitik ist die Diskussion erfreulicherweise in Gang gekommen. Ich bitte um Verständnis, dass ich nicht in der Lage bin, über den gestrigen Rentengipfel irgendetwas zu sagen. Ich weiß nämlich nicht im Detail, was dabei herausgekommen

ist. Aber die Tatsache, dass er stattgefunden hat, zeigt, dass auch auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt worden sind.

Die Reformen in der Finanz- und Sozialpolitik sowie die Haushaltskonsolidierung erleichtern es auch dem EZB-Rat, seine Aufgabe wahrzunehmen, nämlich Geldwertstabilität in der Europäischen Währungsunion herzustellen. Er hat in der vergangenen Woche, wie Sie wissen, die Refinanzierungssätze um 50 Basispunkte erhöht. Dafür maßgeblich war der weiterhin steile Anstieg des Geldmengenwachstums. Von dem Referenzwert von 4 ½ % haben wir uns kontinuierlich entfernt. Damit werden Preisrisiken im Euro-Raum signalisiert. Ausserdem haben die nach oben korrigierten Konjunkturerwartungen natürlich auch ihre Kehrseite. So könnten die möglicherweise bald voll ausgelasteten Kapazitäten zu Engpässen in verschiedenen Bereichen und damit zu Preissteigerungen führen. Und wir müssen natürlich auch sehen, dass die kräftigen abwertungsbedingten Importpreissteigerungen und der Ölpreisanstieg, trotz eines kurzzeitigen Rückganges, nach wie vor noch durchwirkende Preiserhöhungstendenzen beinhalten. Durch die Zinsanhebungen wollte der Rat der Europäischen Zentralbank inflationären Tendenzen rechtzeitig vorbeugen.

Es ist in der letzten Zeit manchmal die Sorge geäußert worden, dass die Zinsanhebungen die weiteren Wachstumsaussichten zu stark dämpfen würden. Diese Sorgen teilen wir nicht. Die Liquiditätsausstattung ist ausreichend. Die nominalen und realen Notenbank- und Geldmarktzinsen sind nach wie vor, mit welchen Maßstäben man da auch messen mag, recht niedrig. Das gilt auch für die Kapitalmarktzinsen. Vor allem dann, wenn es jetzt mit diesem Zinsschritt gelungen ist, den Zinshorizont für die Marktteilnehmer zunächst einmal zu klären.

Lassen Sie mich also zusammenfassend sagen: Die Geldpolitik steht auch nach der Zinserhöhung den günstigen Wachstumsaussichten nicht im Wege. Im Gegenteil: Durch die vorausschauende Reaktion auf sich abzeichnende Preisrisiken im Euro-Raum schafft sie günstige Bedingungen für einen spannungsfreien Fortgang des Wirtschaftswachstum im Euro-Raum und auch in Deutschland. Das zu gewährleisten, ist der Beitrag, den man von der Geldpolitik im Zusammenwirken mit den verschiedenen Politikbereichen auch erwarten kann. Für die ausreichende

Schubkraft der Wachstumsprozesse müssen nun die anderen Politikbereiche sorgen. Und da ist notwendig, dass wir mit mutigen Schritten auf dem eingeschlagenen Weg weiter vorankommen.

Frage

Kann die Geldpolitik im Eurosystem nach wie vor als akkomodierend oder als neutral bezeichnet werden? Und sind neue Zinserhöhungserwartungen Ihrer Ansicht nach berechtigt?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Was ein neutraler Zinssatz ist, kann von niemandem genau bestimmt werden. Das derzeitige Zinsniveau ist sicherlich nicht restriktiv. Auch muss die Konjunktur gegenwärtig nicht von der Geldpolitik unterstützt werden. Wir haben uns jetzt einem der konjunkturellen Situation und den Inflationserwartungen angemessenen Zinsniveau angenähert. Neue Zinserhöhungserwartungen sind nicht berechtigt.

Frage

Kann jetzt – bis September – eine geldpolitische Pause eingelegt werden, nachdem die Zinsen um 50 Basispunkte erhöht wurden?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Die Frage knüpft an das an, was ich eben gesagt habe. Im EZB-Rat beraten wir alle 14 Tage über die monetäre Lage und die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn sich der Datenkranz nicht ändert, dann ist die Erwartung sicherlich richtig.

Frage

Kann der Übergang zum Zinstender jetzt zu Marktverwirrungen führen und könnten Erhöhungen des Zuteilungszinssatzes um 10, 20, 30 Basispunkte mißverstanden werden? Was wird die EZB ihrer Meinung nach tun, um dies zu verhindern?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Ich gehe davon aus, dass zu dem Thema noch genügend Aufklärung von der EZB betrieben wird, um deutlich zu machen, dass es sich hier um eine technische Veränderung handelt, die in erster Linie mit dem Over-Bidding-Problem beim

Mengentender zu sehen ist. Es handelt sich nicht um ein zusätzliches zinspolitisches Signal. Zuletzt hatten wir Bietungen, die in der Größenordnung des gesamten Bruttoinlandsproduktes des Euroraumes lagen. Das ist nicht mehr als vernünftig anzusehen. Und wenn die Zuteilungsrate auf 0,88 % der Bietungen zurückfällt, dann muß man einfach handeln. Der Übergang zum Zinstender mit einem Mindestbietungssatz ist, glaube ich, die adäquate Antwort. Die EZB behält sich aber vor, jederzeit wieder zu einem modifizierten Mengentender, der dem Überbietungsproblem Rechnung trägt, zurückzukehren.

Frage

Gibt es im EZB-Rat schon Pläne für eine veränderte Form des Mengentenders?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Nein, aber wir befinden uns in einer ständigen Diskussion, wie wir dieses Überbietungsproblem beim Mengentender beseitigen könnten. In der Bundesbank hatten wir früher das Gebotsdeckungs-Verfahren, das in der Vergangenheit solche Überbietungen verhindert hat. Im Augenblick scheint es aber aus technischen Gründen auf europäischer Ebene nicht durchführbar zu sein.

Frage

Es wurde die Vermutung geäußert, daß man evt. in der Sommerpause zum Mengentender zurückkehren könnte. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Man muss nicht zu jeder Vermutung, die im Markt geäußert wird, gleich eine Überlegung anstellen. Mit dem Beginn der nächsten Mindestreserveperiode gehen wir über zu einem Zinstender mit einem Mindestbietungssatz. Und wir halten uns die Möglichkeit offen, wenn es notwendig und sinnvoll ist, zu einem Mengentender unter veränderten Bedingungen, die das Überbietungsproblem vermeiden, überzugehen. Dazu einen Zeithorizont anzugeben oder eine Situation zu schildern, ist Spekulation.

Frage

Sie sind nur ganz kurz auf den Euro eingegangen. Wie würden sie Ihre Gefühlslage bezüglich des jetzigen Eurokurses beschreiben? Sind Sie zufrieden?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Auf meine Gefühlslage kommt es dabei wenig an. Wir sind natürlich mit der veränderten Situation noch nicht zufrieden, aber sie ist besser als vorher.

Frage

Wie bewerten Sie die Pläne der französischen Präsidentschaft im Hinblick auf eine engere Verzahnung des Ecofin-Rats mit der EZB-Ratspolitik?

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Stark

Vielleicht sollten wir erst abwarten, was die französische Präsidentschaft wirklich auf die Tagesordnung setzt. Es hat bisher ja nur Andeutungen oder Ankündigungen gegeben, dass man die Arbeit der Euro-11 stärken möchte. Dies ist auch in Verbindung zu sehen mit Äußerungen von belgischer Seite, was die Arbeit der Euro-11 angeht. Dieses Thema ist bereits vor einigen Jahren diskutiert worden und ich glaube, es ist eine Regelung gefunden worden, die tragfähig ist. Die engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die Überwachung der Haushaltspolitiken werden im Euro-11 Gremium angesprochen und offen diskutiert. Vielleicht ist es notwendig, zu etwas mehr Effizienz zu kommen. Aber ich glaube nicht, dass es angezeigt ist, mit dieser Euro-11 Gruppe eine neue Institution, einen neuen Rat, zu schaffen. Daraus darf keine neue Diskussion über ein mögliches Gegenwicht zur EZB entstehen. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen – auch aus Sicht des ESZB, in dem die Bundesbank ein wichtiger Pfeiler ist.

Frage

Hätten aus ihrer Sicht 25 Basispunkte bei der letzten Zinserhöhung nicht gereicht?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Für mich war es wichtig, aus der Automatik herauszukommen, alle sechs Wochen die Zinsen um 25 Basispunkte zu erhöhen. Denn dann stellen die Marktteilnehmer Spekulationen über den Zeitpunkt des nächsten Zinsschrittes an. Mit 50 Basispunkten Zinserhöhung ist der Horizont geklärt, bis sich der Datenkranz ändert und neue Entscheidungen notwendig werden. Das führt aus dem Automatismus heraus. Die EZB behält die Zinsführerschaft. Das war einer der zentralen Gründe.

Die bisherigen Zinsschritte haben sich noch nicht voll auf die Geldmengen- und die Preisentwicklung ausgewirkt. Die vorlaufenden Indikatoren der Verbraucherpreisentwicklung waren noch deutlich aufgrund der Importpreissteigerungen nach oben gerichtet.

Frage

Können Sie uns vielleicht über den Stand der Dinge im Hinblick auf Schuldenmanagement und Bankenaufsicht informieren?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Wir sind in diesen beiden Fragen ja seit Wochen in der Diskussion im Zentralbankrat, in Gesprächen mit den Bundestagsausschüssen und in Gesprächen mit dem Bundesfinanzministerium. Im Hinblick auf das Schuldenmanagement vertreten wir die Auffassung, dass es keiner Agentur bedarf. Das Schuldenmanagement lässt sich im Rahmen der jetzigen Organisation deutlich verbessern. Die anvisierte Größenordnung der Einsparungen lässt befürchten, dass Zinsänderungsrisiken eingegangen werden. Der Aufbau einer Schuldenagentur mit allen Tätigkeiten die sich derzeit auf Bundesfinanzministerium, Bundesschuldenverwaltung und Bundesbank aufteilen, erfordert viel Zeit und Geld und verunsichert. Die Benchmarkfunktion darf nicht verloren gehen. Das Vertrauen der Gläubiger in die Bundesschuld und in die rechtzeitige Bedienung darf nicht geschwächt werden. Ich habe den Eindruck, dass der Bundesfinanzminister trotz unserer Hinweise beabsichtigt, eine Schuldenagentur zu gründen.

Für uns kommt es dann entscheidend darauf an, wo die Schnittstelle zwischen dieser Schuldenagentur und der Deutschen Bundesbank liegt. Hier haben wir eine beratende Funktion. Letztlich liegt es in der Zuständigkeit des Bundesfinanzministers und des Gesetzgebers über die Organisation zu entscheiden. Unsere beratende Funktion nehmen wir derzeit wahr.

Der zweite Punkt ist die Bankenaufsicht. Dort wird gegenwärtig an einem Papier gearbeitet, das die denkbaren Modelle hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile abklopft. Wir müssen die Entwicklung abwarten und sehen, für welches der Modelle sich der Bundesfinanzminister entscheidet. Hier haben wir natürlich ein noch stärkeres

Interesse, weil die Bundesbank mit einer viel größeren Zahl von Mitarbeitern bisher in Bankenaufsichtsfragen eingebunden ist. Das natürliche Interesse einer Notenbank gilt der Finanzstabilität. Nur in einem stabilen Finanzumfeld kann die Geldpolitik im gewünschten Sinn wirken. Fast überall auf der Welt tragen die Notenbanken zunehmend die Verantwortung für die Finanzmarktstabilität.

In den Mittelpunkt der Diskussion wird die Frage nach der Unabhängigkeit der Bundesbank gerückt. Da sind wir natürlich die ersten, die die Unabhängigkeit der Bundesbank verteidigen und darauf hinweisen, dass diese Unabhängigkeit der Bundesbank nicht tangiert werden darf. Aber wir müssen auch aufklären, dass diese Unabhängigkeit sich in erster Linie auf die monetären Aufgaben der Bundesbank konzentriert. Auch heute sind wir schon in Teilen unserer Tätigkeit, die uns z. B. durch das Kreditwesengesetz oder durch das Außenwirtschaftsgesetz übertragen worden sind, nicht unabhängig sondern weisungsgebunden.

Der zweite Aspekt, der immer wieder vorgetragen wird, ist die Frage eines Konfliktes zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht. Wie auch in der Frage der Unabhängigkeit, muss hier sauber argumentiert werden. Der Konflikt zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht ist eher theoretischer Art als von praktischer Relevanz. Schließlich liegt die geldpolitische Verantwortung jetzt beim EZB-Rat und nicht mehr bei der Bundesbank. Insofern gibt es hier eine qualitative Veränderung.

Frage

Es wird vermutet, dass die Fragen von Schuldenagentur und Bankenaufsicht mit der Bundesbankstruktur verbunden werden und dass ein politischer Kompromiss eingegangen wird, der nicht allen drei Reformvorhaben ideal gerecht wird. Welche Meinung hat der Zentralbankrat dazu? Kann noch vor der Sommerpause ein politischer Kompromiss erzielt werden?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Nach unserer Auffassung im Zentralbankrat sind die drei Sachverhalte unabhängig voneinander zu betrachten. Der Zentralbankrat ist an einer sachadäquaten Lösung interessiert. Wir können aber keine Kompromisse schließen. Letztendlich entscheidet die Politik. Ob oder welche Kompromisse im politischen Bereich angestrebt werden,

entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist im übrigen Zufall, dass die drei Reformvorhaben gleichzeitig diskutiert werden. Die Strukturdebatte hatte einen zeitlichen Vorlauf. Der Zentralbankrat hat sich mit dieser Frage seit etwa zwei Jahren befasst. Die Diskussion über die Bankenaufsicht wurde angestoßen, weil das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen von Berlin nach Bonn zieht. In diesem Zusammenhang sind die Personalrekrutierungsprobleme des Bundesaufsichtsamts offensichtlich geworden. Die Basler Diskussionen haben das noch verstärkt. Die Diskussion über die Schuldenagentur ist sicherlich vom Wunsch des Bundes angeregt worden, die Zinszahlungen zu reduzieren. Das hat auch andere Finanzminister früher schon beschäftigt.

Edgar Meister, MdD

Darf ich noch einen Satz einfügen. Wir haben den Wunsch an die Politik, möglichst rasch eine Entscheidung in den sachlichen Fragen zu treffen. Die Reform der Bankenaufsicht sollte und darf nicht zur Hängepartie werden. Mit der Strukturreform der Bundesbank hat das zunächst wenig zu tun.

Frage

Gibt es Signale aus der Expertenkommission zur Strukturreform?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Ich warte das Ergebnis in Ruhe ab.

Frage

Könnten sie sich damit anfreunden, wenn der Bundesbank der operative Bereich des Schuldenmanagements verbleibt? Ist das für sie ein akzeptabler Kompromiss?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Es ist nicht an uns, mit der Politik Kompromisse zu schließen. Wenn es am Ende zu diesem Ergebnis kommt, dann könnte auch die Bundesbank damit zurecht kommen.